

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
1. Teil:	
Das öffentliche Interesse als rechtswissenschaftlicher Begriff	15
I. Der Begriff »öffentliches Interesse« und seine Bestandteile	15
1. Geschichte und Bedeutung des Begriffs »öffentlich«	15
2. Der Begriff des Interesses	17
a) Die Lehre vom objektiven Interesse	18
b) Interesse als ausschließlich vom Menschen gebildeter Wertbegriff	20
3. Das öffentliche Interesse und seine Synonyme	22
4. Öffentliches Interesse versus privates Interesse	24
II. Das öffentliche Interesse in der demokratischen Staatsordnung des Grundgesetzes	26
1. Wer bestimmt das öffentliche Interesse?	26
2. Wie wird das öffentliche Interesse bestimmt?	28
a) Parlamentarische Abstimmung versus Plebiszit	28
b) Die Rolle der Exekutive bei der Konstituierung des öffentlichen Interesses	40
3. Das öffentliche Interesse als juristischer und politischer Begriff	47
2. Teil:	
Das öffentliche Interesse in verschiedenen politischen Strömungen	49
I. Liberalismus	49
1. Adam Smith als Vertreter des Liberalismus	57
2. Friedrich August von Hayek als moderner Vertreter des Liberalismus	62
a) Der Begriff der Freiheit	62
b) Gleichheit	64

c) Liberalismus versus Demokratie	66
d) Gemeinwohlverständnis	70
II. Konservatismus	72
1. Konstituierende Elemente des Konservatismus	73
2. Friedrich Julius Stahl als Vertreter des Konservatismus	80
3. Ernst Forsthoff als moderner Vertreter des Konservatismus	89
III. Demokratische Konzeption des öffentlichen Interesses	99
1. Prozedurale Herstellung des öffentlichen Interesses	99
2. Abgrenzung Liberalismus und Demokratie	102
3. Liberale und republikanische Demokratie	105
4. Hierarchische und partizipatorische Demokratie	107
5. Jean Jacques Rousseau als »Urvater« der Idee der Demokratie	110
6. Ernst-Wolfgang Böckenförde als Vertreter des hierarchischen Konzepts der Demokratie	118
7. Hans Kelsen als Vertreter eines partizipatorischen Demokratiemodells	128
IV. Zusammenfassung	135
3. Teil:	
Öffentliches Interesse und Eigentum	138
I. Einleitung	138
II. BVerfGE 58, 300 ff.: Der Nassauskiesungsbeschluss des Bundesverfassungsgerichts	140
1. Abgrenzung Enteignung/Inhalts- und Schrankenbestimmung	141
2. Zulässigkeit der Inhalts- und Schrankenbestimmung	145
a) Verletzung der Institutsgarantie des Eigentums durch das WHG	145
b) Verstoß gegen Art. 3 I GG	148
c) Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	149
d) Mangelnde Bestimmtheit des § 6 I WHG	150
(aa) Exkurs: Meinungsstreit um die Auslegung des Gemeinwohlbegriffs in § 6 I WHG	150
(bb) Zwischenergebnis	154

3. Kritische Würdigung und Diskussion des Nassauskiesungsbeschlusses	154
a) Eigentumskonzeption des BGH und des Bundesverfassungsgerichts	154
b) Rechtskonstruktion des WHG und Gemeinwohl	158
c) Übertragbarkeit des Nassauskiesungsbeschlusses auf andere Rechtsbereiche	160
d) Spannungsfeld Naturschutz und Eigentum	161
III. BVerfGE 66, 248: Enteignung zugunsten eines privaten Energieversorgungsunternehmens	164
1. Vorlagebeschluss des VG Frankfurt	164
2. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts: A-limine-Abweisung	166
3. Ansicht des Schrifttums und der übrigen Rechtsprechung	168
4. Energieversorgungsunternehmen: Träger öffentlicher Verwaltung oder private Wirtschaftssubjekte?	171
a) Energieversorgungsunternehmen als Träger öffentlicher Verwaltung	171
aa) Theorie des beliebigen Unternehmers	171
bb) Theorie der Daseinsvorsorge	173
b) Energieversorgungsunternehmen als rein privatwirtschaftliche Akteure	176
IV. BVerfGE 74, 264 ff. (Boxberg): Enteignung zugunsten eines privaten Wirtschaftsunternehmens	179
1. Unternehmensflurbereinigung als Enteignung	181
2. Mittelbares Gemeinwohl bei der Enteignung zugunsten eines privaten Wirtschaftsunternehmens	183
3. Hinreichende gesetzliche Grundlage für die Enteignung	186
4. Demokratische Konzeption des Gemeinwohls: Stärkung des Gesetzgebers	188
5. Regionale Strukturförderung als Gemeinwohl i. S. d. Art. 14 III GG	192
6. Dauerhafte Sicherung des Gemeinwohls	200
V. Der Rechtsstreit »Mühlenberger Loch«	203
1. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	204
a) Beschluss des VG Hamburg	204
b) Beschluss des OVG Hamburg	207

2. Das Hauptsacheverfahren	210
a) Urteil des VG Hamburg vom 27.08.2002	210
b) Urteil des OVG Hamburg vom 02.06.2005	214
c) Urteil des BVerwG vom 26.04.2007	218
3. Wasserrechtlicher Teil des Planfeststellungsbeschlusses: die Verfüllung des Mühlenberger Lochs	220
4. Öffentliche versus private Interessen	224
VI. Zusammenfassung	226
Ergebnisse	230
Literaturverzeichnis	237